



## Südsudan ist kein Modell für Afrika

Von Armin Osmanovic

In Afrika stößt die zu erwartende Unabhängigkeit Südsudans auf ein zumeist positives Echo. Sezession ist bei Afrikas politischen Führern, die die kolonialen Grenzen nicht in Frage stellen, nicht gern gesehen, doch im Falle Südsudans ist man sich weitgehend einig: Zur Bildung eines eigenen Staates gibt es keine echte Alternative. Zu blutig war der Bürgerkrieg

zwischen dem islamisch geprägten Norden und dem christlich dominierten Süden, als dass eine andere Lösung als die Separation vom im Süden verhassten Regime in Khartoum möglich wäre.

In der krisengeschüttelten Côte d'Ivoire, wo sich der abgewählte Präsident Laurent Gbagbo an die Macht klammert, macht eine Teilung des Landes zur Konfliktlösung

keinen Sinn. Zwar stehen sich in Côte d'Ivoire seit dem Bürgerkrieg 2002 bis 2007, der das Land teilte, auch Norden und Süden feindlich gegenüber, doch Côte d'Ivoire ist wie viele Länder Afrikas ethnisch stark gemischt. Einfache, geographisch feste Identitäten gibt es nicht. Vor allem deshalb, weil Menschen aus dem Norden, der Sahelregion, seit

Jahrzehnten auf Suche nach Arbeit und Einkommen in den Süden wandern. Die großen Metropolen Afrikas sind alle multikulturell geprägt, ein friedliches Zusammenleben dieser stark gemischten Bevölkerung kann nur auf der Basis von Respekt und Verständnis gelingen.

Südsudan ist kein Modell für Afrika. Für die Menschen dort ist die Unabhängigkeit

aber der einzig gangbare Weg, auch wenn immense Probleme auf das kriegszerstörte Land warten. Für den Norden kann die Unabhängigkeit des Südens auch positiv sein, denn sollte es zudem gelingen, den Konflikt im Westen des Landes, in Darfur, zu beenden, könnte dies das Land wieder zu einem Partner der internationalen Gemeinschaft machen.

## Büffel für den Frieden

Eine Bauernvereinigung ist eine der größten Basisorganisationen Kolumbiens

Von Knut Henkel

Rund 25 000 Bauern gehören der Organisation aus dem Cimitarra-Tal in Kolumbien an, die für den friedlichen Wandel eintritt. Gerade haben die Bauern den nationalen Friedenspreis in Bogotá erhalten – auch ein Wink an die Regierung, mit der Kriminalisierung der Organisation aufzuhören.

»Die Büffel sind für uns ein wichtiger ökonomischer Eckpfeiler. Als die ersten Tiere über ein Hilfsprojekt von den Vereinten Nationen zu uns kamen, waren wir froh, Hilfe zu erhalten. Heute geben wir Tiere gezielt an andere Bauernorganisationen weiter, damit sie die Zucht fortsetzen. Das ist ein Ziel des Hilfsprojekts, das wir gerne unterstützen«, erklärt María Irene Ramírez. Sie ist Schatzmeisterin der Asociación de Campesinos del Valle del Río Cimitarra, einer Bauernorganisation aus dem Tal des Cimitarra. Das liegt im Nordwesten Kolumbiens, nahe kolumbianischen Erdölmetropole Barrancabermeja. In der am Magdalena Medio gelegenen Stadt, die eine der größten Raffinerien des Landes beherbergt, befindet sich auch das Büro der Bauernorganisation. Die besteht seit Mitte der 1990er Jahre und tritt für die Rechte der Bauern in der Region ein.

Viele von ihnen, wie Álvaro García, der mit María Irene Ramírez das Büro teilt, stammen aus anderen Landesteilen. »Ich bin mit meiner Familie 2007 von Paramilitärs vertrieben worden und will mir nun eine neue Perspektive aufbauen«, erklärt der schlaksige Mann von Mitte fünfzig. Das gilt für viele Bauern, die der Organisation angehören. Die tritt für die Menschenrechte ein und für den Schutz kleinbäuerliche Perspektiven in der an Ressourcen reichen Region. »Der Reichtum an Ressourcen wie Öl, Gold, Wasser oder Holz hat dazu geführt, dass das Tal des Cimitarra in den Blickpunkt internationaler und nationaler Investoren geraten ist«, sagt Álvaro García



Die Bauernorganisation ACVS tritt für die Rechte von Kleinbauern (o.) ein, María Irene Ramírez (u.) fungiert als Schatzmeisterin. Fotos: AFP/Knut Henkel ND-Karte: Wolfgang Wegener

und streicht sich eine dunkle Haarsträhne aus der Stirn.

Die Vertreibung der Bauern ist seither ein wiederkehrendes Thema und darauf haben die Bauern erstmals 1996 mit Protestmärschen in Barrancabermeja und San Pablo aufmerksam gemacht, um die Regierung zu sozialen Investitionen und den Schutz der Menschenrechte zu bewegen. Mit bescheidenem Erfolg, denn die Bauern leben nach wie vor gefährlich. »In der Region operieren immer noch Paramilitärs. Heute nennen sie sich Águilas Negras und es ist ein offenes Geheimnis, dass sie von den Militärs gedeckt werden«, erklärt María Irene Ramírez mit fester Stimme. Die 41-jährige Mut-



ter dreier Kinder ist mit einem der Gründer der Bauernorganisation liiert und kennt den Alltag der Verfolgung en détail.

Viele der Repräsentanten der Bauernorganisation, die in gleich zwölf Gemeinden in vier verschiedenen Verwaltungsdistrikten Kolumbiens präsent ist und rund 25 000 Bauern vertritt, werden

verfolgt. Nicht nur von den Paramilitärs, sondern auch von der staatlichen Justiz, die mehrere der Bauernführer als angebliche Guerilleros einkerkerte. »Zwar haben sich derartige Vorwürfe immer als haltlos herausgestellt, aber sie erschweren die Arbeit der Bauernorganisation«, erklärt Yenly Menéndez vom Anwaltskollektiv Humanidad Vigente, die den ACVC vertritt. Der hat sich im Laufe der Jahre immer besser organisiert und auch den Anstoß für die Gründung weiterer Bauernorganisationen geliefert. »So funktioniert die Bauernorganisation Ascomcat im weiter nördlich gelegenen Catumbó ähnlich wie wir und wir haben unser Büffelprojekt auch an sie weitergegeben«, erklärt María Irene Ramírez mit stolzer Stimme. Die Büffel haben den Bauern im Tal des Cimitarra neue Optionen gebracht und die Ernährungsgrundlagen verbessert. So wird Büffel-Mozzarella verkauft und



immer mehr der 120 Dörfer, die der Bauernorganisation angehören, verfügen über eine kleine Herde. »Immer elf Tiere werden an die Bauern, die sich bei uns bewerben, weitergegeben und den Bauern genau erklärt, worauf sie bei der Zucht achten müssen«, so Ramírez. Nunmehr sind die Büffel in vielen der Dörfer heimisch und so wie von den Experten der UN-Entwicklungsorganisation UNDP angedacht, wird das Büffelprojekt in andere Regionen des Landes weitergetragen.

Dieses Engagement für Frieden, ländliche Perspektiven und Umweltschutz hat der Bauernorganisation nun den nationalen Menschenrechtspreis 2010 eingebracht. Ende November wurde der Preis, der von der Friedrich Ebert Stiftung gemeinsam mit der kolumbianischen Tageszeitung »El Tiempo«, der Wochenzeitung »Semana« und der UN-Entwicklungsorganisation UNDP vergeben wird, in Bogotá von Miguel Huépa, einem der ACVC-Gründer, entgegengenommen. Für die Bauern ist der Preis eine Anerkennung für vierzehn Jahre des Engagements für die Menschenrechte und für alternative Entwicklungsmodelle. »Ziel ist es, ein von der Regierung akzeptiertes und geschütztes bäuerliches Schutzgebiet aufzubauen«, erklärt María Irene Ramírez. Die Auszeichnung hat für die Bauern somit gleich doppelte Bedeutung. Zum einen sorgt sie für internationale Aufmerksamkeit, zum anderen ist sie auch ein Wink an die Regierung, alternative Entwicklungsmodelle ernst zu nehmen.

## Nebel auf Besuch in Äthiopien

Von Philipp Hedemann, Addis Abeba

Äthiopien gehört auch 26 Jahre nach der verheerenden Hungerkatastrophe von Weihnachten 1984, bei der über eine Million Menschen starben, noch zu den ärmsten Ländern der Welt. In der Dürreregion Borena haben Tausende keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sind auf Nahrungsmittel-Hilfslieferungen angewiesen. Ohne medizinische Versorgung sterben vor allem Kinder an Malaria, Typhus und Tuberkulose. Dort, zehn Stunden von der Hauptstadt Addis Abeba entfernt, will Karlheinz Böhm's Stiftung »Menschen für Menschen«, die in diesem Jahr ihr 30-jähriges Bestehen feiert, jetzt mit dem Bau von Schulen und Bewässerungsanlagen und landwirtschaftlichen und medizinischen Projekten die Lebensbedingungen von 180 000 Menschen verbessern und die Rolle der Frauen stärken.

Der deutsche Bundesentwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) besucht das Projekt am 12. Januar. Der Minister wirbt für neue Formen der Zusammenarbeit in der deutschen Entwicklungshilfe. Sein Ressort wird das Böhms-Projekt mit 1,1 Millionen Euro, der bislang höchsten Zuwendung für einen privaten Träger, fördern. »Deshalb wollen wir ganz besonders intensiv eine Art Leuchtturm setzen, mit der Aussage, dass zivilgesellschaftliches Engagement viel erreichen kann mit ein bisschen Unterstützung durch den Steuerzahler«, sagte Niebel der »Schwäbischen Zeitung«.

In Äthiopien wird der Minister zudem ein deutsch-israelisch-äthiopisches Bewässerungsprojekt unter Federführung der neu geschaffenen staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeitsorganisation Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (giz) besuchen und politische Gespräche führen, unter anderem mit dem Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, Jean Ping.

## Philippiner begehren gegen Kirche auf

Bischofskonferenz droht Abgeordneten wegen Familienplanungsgesetzen mit der Exkommunizierung

Von Kara Santos, Manila (IPS)

Die katholische Bischofskonferenz auf den Philippinen (CBCP) hat Abgeordnete, die ein Gesetzespaket für das Recht auf reproduktive Gesundheit verabschieden wollen, mit der Exkommunizierung gedroht. In den Augen der Kirchenvertreter fördern Familienplanungsmethoden eine »Kultur des Todes und der Unmoral«. Doch mit ihrer Ansicht stehen sie zunehmend alleine da.

Auf den Philippinen erhält die katholische Kirche Gegenwind in Sachen Familienplanung. Derzeit liegen dem Parlament des südostasiatischen Landes insgesamt sechs Gesetze vor, die die Verwendung von Anti-Baby-Pillen, Kondomen und Co erlauben. Die katholische Kirche, die lediglich natürliche Formen der Familienplanung anerkennt, versucht die Verabschiedung der Vorlagen durch Druck auf die Abgeordneten zu verhindern. Politikern, die einen universellen Zugang zu Familienplanungsmethoden und Informationen über Möglichkeiten der Geburtenkontrolle befürworten, droht der Ausschluss aus der katholischen Kirche.



Philippinische Frauengruppe demonstriert vor dem Gesundheitsministerium in Manila für das Recht auf Familienplanung. Foto: AFP

Katholische Gruppen widersetzen sich dem geplanten Gesetz, weil es ihrer Meinung nach der Promiskuität junger Menschen und Abtreibungen Vorschub leistet. Erst unlängst hatten Mitglieder von »Pro-Life Philippines« unter Führung des erklärten Familienplanungsgegners Eric Manalang einer Gruppe von Studenten, armen Müttern und jungen Gesundheitsexper-

ten den Zutritt zu einer Veranstaltung gegen die Verabschiedung des Gesetzes für reproduktive Gesundheit in der Kathedrale der Hauptstadt Manila untersagt. »Weiche von uns Satan!« »Weiche von uns Satan! Du hättest deine Mutter bitten sollen, dich abzutreiben«, lautete eine Fürbitte, die von einem Pro-Life-Aktivisten vorgetragen und von einem Freidenker aufge-

nommen worden war. »Manalang bezeichnete sogar die gläubigen Katholiken unter uns als Teufel«, berichtete Red Tani, der Vorsitzende der Philippinischen Freidenker. »Wenn die Kirchenhierarchie die Unterstützung der Gesetze für reproduktive Gesundheit als Ketzerei betrachtet, soll sie uns unter allen Umständen exkommunizieren.«

Ende 2010 haben Aktivisten erstmals eine »Exkommunikationsparty« veranstaltet, um gegen die Einmischung der Geistlichen in die Landespolitik zu protestieren. Dabei hatten die Teilnehmer ein symbolisches »Exkommunikationsdokument« unterzeichnet, das allen Kirchengemeinden des Landes zugestellt werden soll. »Es ist wunderbar, dass das Wort Meinungsfreiheit eine Bedeutung hat«, meinte dazu der Künstler und Aktivist Carlos Celdran. Im September hatte Celdran auf einer ökumenischen Feier die Haltung der katholischen Kirche gegenüber Verhütungsmitteln kritisiert. Daraufhin wurde er wegen »Beleidigung der Gefühle der Gläubigen« festgenommen. 85 Prozent der 92 Millionen Philippiner sind katholisch. In seiner Weihnachtsmesse verglich der CBCP-Vorsitzende Bischof Ne-

reo Odchimar das Gesetz für reproduktive Gesundheit mit Terrorismus. »Wird es verabschiedet, kann der Schoß einer Frau zu einer furchtbaren Gefahr für all diejenigen werden, die noch geboren werden«, erklärte er in einer offiziellen Mitteilung.

Obwohl die Veranstaltung in aller Schnelle organisiert worden war, waren alle Eintrittskarten ausverkauft. Das gleiche gilt für T-Shirts, auf denen für das neue Gesetz geworben wurde. 71 Prozent der Bevölkerung, das hat eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstitut SWS herausgefunden, sind im Grunde für die Verabschiedung des Gesetzes für reproduktive Gesundheit. 76 Prozent wünschen sich die Einführung von Aufklärungsunterricht an den öffentlichen Schulen. Wie Elizabeth Angsioco, die Landesvorsitzende der Demokratisch-Sozialistischen Frauen auf den Philippinen (DSWP), erklärte, ist das Gesetz seit langem überfällig. »Arme Frauen sterben weiterhin an den Folgen einer vermeidbaren Schwangerschaft und an Geburtskomplikationen. Diese unnötigen Todesfälle müssen ein Ende haben.« Durchschnittlich kommen auf den Philippinen Tag für Tag 4000 Kinder zur Welt, und jeden Tag sterben nach Angaben des UN-Frauenfonds (UNIFEM) mindestens elf Frauen an geburtsbedingten Komplikationen.

### Action

**HAITI** – »Haiti – zwischen Chaos und Hoffnung« – Zum Jahrestag des Erdbebens: Erfahrungsberichte, Analysen und Perspektiven. Wir fragen, wie die deutsche Hilfe organisiert und koordiniert wird. Wir bekommen Einblick in die Hilfsstrategien verschiedener Organisationen, 12. Januar, 17-20.30 Uhr, Schloss Hohenheim, Balkonsaal, Haupteingang, 1. OG, 70599 Stuttgart.

**CHILE** – »Die aktuelle Lebensrealität der Mapuche«. Referenten: Dr. Carlos Contreras Painemal (Anthropologe, Lehrbeauftragter der FU Berlin), Dario Jana-Castro (Grupo Acción Bio-Bío). Seminargebühr: 5 €, Verpflegung während des Seminars (vegan), 15. Januar, 11 bis 20 Uhr, KUZE (studentisches Kulturzentrum) Hermann-Elflin-Straße 10, 14467 Potsdam Anmeldung: hochvier@gmx.de oder (0331) 581 32 10

**MEXIKO** – »Das Recht, glücklich zu sein – Der Kampf der zapatistischen Frauen in Chiapas/Mexiko«, Buch- und Filmvorstellung mit Nikola Siller von Zwischenzeit e.V. aus Münster, 17. Januar, 20 Uhr, Stadteilladen »Zielona Gora«, Grünberger Straße 73, Berlin-Friedrichshain. Nähe U5 Samariterstraße.